

# Die Wählerin

Blätter zum Groß-Berliner Wahlkampf

Die freie Presse, die schlecht ist, entspricht dem Charakter ihres Wesens nicht. Die zensierte Presse mit ihrer Heuchelei, ihrer Charakterlosigkeit, ihrer Eunuchensprache, ihrem hündischen Schwanzwedeln verwirklicht nur die inneren Bedingungen ihres Wesens. . . . Ein Kaltrat bleibt ein schlechter Mensch, wenn er auch eine gute Stimme hat. Die Natur bleibt gut, wenn sie auch Mißgeburten hervorbringt. Das Wesen der freien Presse ist das charaktervolle, vernünftige, schlichte Wesen der Freiheit. Der Charakter der zensierten Presse ist das charakterlose Anwesen der Unfreiheit, sie ist ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfümierte Mißgeburt.

Karl Marx

## Frauenpflicht am 16. Oktober.

Von Carl Wermuth.

Den Vorgängen in der Stadtverwaltung hat die Bevölkerung erst seit neuerer Zeit mehr und mehr Beachtung geschenkt. Das ist erklärlich. Die politische Umgestaltung des 9. November hat auch für die Gemeinden grundlegende Veränderungen hervorgerufen. Durch die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und die Ausdehnung des gleichen Rechts auch auf das weibliche Element haben unsere Gemeinden ein völlig anderes Gepräge erhalten. Hatte sich auch bereits Jahrzehnte lang vorher der kommunale Sozialismus gegenüber der liberalen Aera und der kapitalistischen Spekulation durchzusetzen gewußt, so verschaffte das vermehrte Maß politischer Macht der Arbeiterklasse erst die ihr gebührende Position, um im Interesse der Minderbemittelten wirken zu können.

Daß die Frauen an den kommunalen Vorgängen in steigendem Maße interessiert sind, beweist deren regere Teilnahme an unseren Wählerversammlungen für die am 16. Oktober stattfindenden Neuwahlen zu den kommunalen Vertretungen der großen Einheitsgemeinde. Durch mannigfaltige Fäden fühlen sie sich heute mit der Gemeinde verknüpft. Während die Bevölkerung mit dem Staat nur in mittelbaren Beziehungen steht, tritt sie in ihren mannigfachen Lebensbedürfnissen und gemeinsamen Interessen mit der städtischen Verwaltung in direkte Berührung. Die Gemeinde muß sich ihrer Mitglieder von der Wiege bis zum Grabe annehmen. Immer zahlreicher werden die Ausgaben, welche der Staat den Gemeinden überträgt.

Der Mutter- und Säuglingschutz, die Errichtung von Kindergärten und Spielplätzen, der Bau und die Unterhaltung von Schulen sind zu Aufgaben der Gemeinde geworden. Sie verfolgt die geistige und körperliche Entwicklung des Kindes durch schulärztliche Untersuchungen, Schulbäder, Schulspisungen, Ferienverpflegung, Waldschulen usw. Daneben geht die soziale und hygienische Fürsorge der Gemeinde für die Gesamtbevölkerung. Die Errichtung von Kranken- und Siechenhäusern, von Badeanstalten, Volksparks usw. sind städtische Angelegenheiten. Und die großen, dem Gemeinwohl dienenden Wirtschaftsbetriebe sind dank der sozialistischen Initiative fast reißlos der privaten Spekulation entrissen und in den Besitz der Gemeinde überführt worden. So zeigt es sich, daß eine von sozial denkenden Männern und Frauen geleitete Stadtverwaltung für die Bürgerschaft sorgen muß von der Wiege bis zum Grabe. Eine moderne Stadt trägt auf den entscheidenden Gebieten ihres wirtschaftlichen und sanitären Lebens immer mehr den Charakter einer großen Genossenschaft.

Diesem notwendigen Entwicklungsgang des kommunalen Lebens treten zuweilen starke Hemmnisse entgegen; das Alte

will den Platz nicht freiwillig räumen, es ringt mit dem Neuen um weiteren Fortbestand. Als Ausdruck dieses Ringens sind die Kämpfe in den kommunalen Körperschaften und die am 16. Oktober stattfindenden Wahlen zu betrachten. Die Wahlen gelten für das gesamte Bürgertum als Kraftprobe, den ehernen Gang der sozialen Entwicklung in der Gemeinde zu hemmen und wdmöglich alle bedeutsamen Wirtschaft- und Verkehrseinrichtungen wieder kapitalistisch zu versippen.

Wie sehr dieses Bestreben vorhanden ist, erhellt daraus, daß die Agitation der Deutschnationalen bis zu den Demokraten auf die Herabsetzung der kommunalen Betriebe eingestellt ist. Dabei benutzen sie allesamt die Ungunst der trostlosen Finanzverhältnisse, um gegen die vermeintliche Mißwirtschaft der sozialistischen Mehrheit Stimmung zu machen. Die bürgerlichen Parteien verstehen ihr Handwerk; sie verlassen sich auf die Bergeglücklichkeit der Wähler-schaft. Sieht sich der sozialistische Magistrat genötigt, den Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreis zu erhöhen, so wälzen die bürgerlichen Wahl demagogen nicht etwa die Schuld hierfür auf jene Kreise, die bereits lange vorher die Preise für die unentbehrlichen Rohprodukte um das Fünffzehn- bis Zwanzigfache erhöht haben, sondern auf die „Unfähigkeit der roten Herrschaft“ im Berliner Rathaus. Daß die Mehrzahl der Großstädte Deutschlands, in denen zum Teil bürgerliche Herren das Zepter führen, seit langem weit höhere Preise für Gas, Wasser, Elektrizität von der Bevölkerung fordern, wird wohlweislich verschwiegen. Indessen die bürgerlichen Wahlmanöver werden zu einer Zeit angewendet, in welcher bereits offenkundig feststeht, daß die kommunalpolitische Betriebswirtschaft sich erfolgreich durchzusetzen beginnt. Daß der ehemals heruntergewirtschaftete Straßenbahnbetrieb bereits in der kurzen Zeit sozialistischer Herrschaft so glänzende Ergebnisse aufzuweisen vermag, konnte selbst die bürgerliche Presse nicht mehr verschweigen. Und die einheitliche Umstellung und Reformierung der übrigen großen Wirtschaftsbetriebe dürfte in nicht allzu ferner Zeit dasselbe Ergebnis zeitigen. Aus den Erträgen der Gemeinwirtschaft, die eine private Spekulation nicht kennt, werden im Laufe der Zeit wieder die Mittel für die kulturellen Bedürfnisse der niederen Schichten erwachsen.

Das soll nicht auf Kosten der in den städtischen Wirtschaft- und Verkehrsbetrieben beschäftigten Angeestellten und Arbeiter geschehen, sondern auf Grund des Aufesettes, den eine nach modernen Betriebsmethoden eingerichtete Gemeinewirtschaft unter völliger Ausschaltung kapitalistischer Interessen ergeben muß. Gemeindegewerkschaften und -angestellte sind in der sozialen Gemeinwirtschaft nicht mehr Unternehmer, sondern Funktionäre, die den Einrichtungen des Gesamtwohles dienen.

Der Werdegang dieser Entwicklung ruft aber auch die Frauen in immer stärkerem Maße in den Dienst der Gemeinschaft. Mutter- und Säuglingsfürsorge, Schul- und Jugendpflege sind Tätigkeitsgebiete, auf denen die Mitarbeit der Frau dringendes Erfordernis ist. Es kann daher auch den Frauen nicht gleichgültig sein, welchen Ausgang die Wahlen am 16. Oktober nehmen. Ein Sieg des Bürgertums würde nicht allein von politischen Folgen weit über die Grenzen Berlins hinaus begleitet sein, sondern die Entwicklung der größten Gemeinde im Sinne der sozialen Gemeinschaft zum Stillstand bringen. Die Folgen wären unabsehbar. Daher kann es für den fortgeschrittenen Teil der weiblichen Wählerschaft nur eine Parole geben: Mit verdoppelten Kräften in die Agitation zu treten, damit am 16. Oktober die Sozialdemokratie Berlins als starke Gestaltlerin einer besseren Zukunft hervorgeht.

# Die Kinderfürsorge in der Gemeinde.

Von Elfriede Rynek.

Die völlige Unzulänglichkeit und die ungeheure Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen die Ausbeutung der Kinder und die Gefahren, die daraus gerade für die Kinder der Armen entstanden, veranlaßten unsere Partei im Jahre 1908 zur Gründung einer Kinderschutzkommission. Es wurde damit ein Apparat geschaffen, der durch eingehende Prüfung selbst festgestellter Mißbräuche einwandfreies Material für einen besseren Kinderschutz sammeln sollte.

Eine große Anzahl Frauen und Männer aus dem arbeitenden Volke unterzog sich dieser oft sehr schwierigen Arbeit. Eine ungeahnte Fülle von Kinderelend offenbarte sich hier den Helfern und Helferinnen, und ganz von selbst erweiterte sich durch diese Tätigkeit auch deren Aufgabenkreis. Fälle von Kindermißhandlungen, Vernachlässigungen usw. mußten neben den Feststellungen der verbotenen Kinderarbeit mitbehandelt werden. Hier sah man erst, wie wenig von den Kommunen und anderen Behörden getan wurde, um diesem Elend zu steuern. Die Hauptfürsorge überließen diese Stellen fast ganz privaten Wohltätigkeitsvereinen, die sich denn auch begreiflicherweise als Wohltäter der Armen fühlten. Da die wirklichen Ursachen dieses schreienden Unrechts am Volkskörper den meisten von ihnen fremd blieben, waren auch die Maßnahmen, die helfen sollten, ungenügend und oft ganz verfehlt.

Unsere Helfer und Helferinnen gingen dieser schweren Arbeit mit Liebe und Aufopferung nach, da sie ja zumeist aus ihrer eigenen Kindheit wußten, daß nur die traurigen Lohn-, Arbeits- und Wohnverhältnisse die hauptsächlichsten Gründe dieses entsetzlichen Kinderelends sind.

Mit Beginn des Krieges wurden auch die noch wenigen Schutzbestimmungen des Gesetzes über Kinderarbeit außer Kraft gesetzt und so der Kinderausbeutung schrankenlos freier Lauf gelassen. Die Kinderschutzkommission war damit ihres eigentlichen Tätigkeitsfeldes beraubt. Erst als die Kriegsfürsorgearbeit einsetzte, stellten sich unsere Helfer und Helferinnen wieder zur Verfügung. Der Arbeit eines Teils dieser Helfer ist es zuzuschreiben, daß jetzt in vielen Orten wirklich kinderschutzfördernde Arbeit geleistet wird.

Eins war besonders notwendig. Man mußte den Mitarbeitern aus den bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen klarmachen, daß die geleistete Arbeit nicht für die Armen und Hilfsbedürftigen ausschließlich getan wird, sondern daß auch die Allgemeinheit an dieser Sache ein ganz erhebliches Interesse hat; denn sie muß darauf bedacht sein, alle Teile des Volkes gesund und arbeitsfähig zu erhalten. Vielen der Unglücklichen mußte man erst die Scheu vor diesen Fürsorgeeinrichtungen nehmen. Wenn man sich heute manchmal der Ansichten und Äußerungen erinnert, die wohlthätige Damen sich geleistet haben, dann kann man das Mißtrauen verstehen, das weite Kreise der Arbeiterschaft der Hilfe der privaten Wohltätigkeitsvereine entgegenbrachten. Bemerkenswert ist beispielsweise die Auffassung, daß ein Kinderhort in den Schulferien geschlossen werden könnte. Was würde aber ein Kinderhort nützen, wenn die arbeitende Mutter, für die es keine Ferien gibt, nicht weiß, wo sie in dieser Zeit ihre Kinder unterbringen soll!

Nun zu den Aufgaben und Einrichtungen der jetzigen Kinderfürsorge, der Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Hilfe und der Mitarbeit unserer sozialdemokratischen Frauen.

Säuglingsfürsorge- und Mütterberatungsstellen sollen Zufluchtsstellen aller ratlosenden Mütter sein. Deshalb ist es notwendig, daß neben Arzt und Fürsorgeschwester die freiwillige, lebensgeschulte Helferin steht. Hierzu brauchen wir Arbeiterinnen, die durch ihre Mitarbeit dahin wirken, daß wir in der Säuglingsfürsorgestelle nur Mütter kennen, ohne Rücksicht darauf, ob sie verheiratet sind oder ledig. Gerade die letzteren brauchen Rat und Hilfe am meisten. Wenn helfende Frauen, wie es die Damen der rechtsstehenden Kreise so gern tun, die unehelichen Mütter als Gefallene betrachten, wäre der Zweck derartiger Fürsorgestellen gänzlich verfehlt.

Großer Beachtung bedarf auch das Pflegekindwesen. Wir müssen überall bestrebt sein, die Fürsorge der liebebedürftigen Pflegekinder von Menschen ausüben zu lassen, die ein Herz haben und den Kindern die fehlenden Eltern wirklich ersetzen können. Ein Kind ist keine Ware — deshalb muß auch die Bezeichnung Haltekind verschwinden; ebensowenig sind Polizeiorgane zur Vermittlung von Pflegestellen geeignet.

Es gilt deshalb hier dafür zu sorgen, daß den Waisen oder Halbweisen durch eine zweckmäßigere Fürsorgearbeit ein neues Elternhaus, eine neue Heimat geschaffen wird. Da müssen die Helferinnen tüchtig auf dem Posten sein. Wir kommt hierbei ein typischer Fall für die frühere, nun glücklicherweise überlebte bürokratische Pflegestellenverteilung ins Gedächtnis: Eine unserer Nachbargemeinden

hat einen Knaben, der in einer Familie unseres Ortes seit sechs Jahren für monatlich 12 M. in guter Pflege war, fornehmnen, weil sich eine Familie gefunden hatte, die nur 9 M. monatlich beanspruchte. Die Schriftstücke, die aus diesem Anlaß zwischen beiden Gemeinden gewechselt wurden, erweckten nicht den Anschein, als ob es sich hierbei um das Wohl und Wehe eines Kindes handelte.

Besonderer Fürsorge bedürfen auch die Kinder, die die Mutter verloren haben. Häufig verheiratet sich der Vater wieder, und oft kommt es dann vor, daß die Kinder durch die neue Mutter auch noch den Vater verlieren.

Ein anderer Zweig der fürsorglichen Arbeit, der erst im Verlauf der Nachkriegszeit eine wesentliche Erweiterung erfährt, ist die Verschickung der Stadtkinder auf das Land oder in geeignete Heime. Bei der Verschickung der Kinder aufs Land ist besondere Vorsicht immer wiederkehrenden Fällen gegenüber geboten, bei denen die Kinder nicht aus Mitleid angefordert, sondern unter Nichtachtung ihres Gesundheitszustandes als billige, wehrlose Arbeitsobjekte ausgehütet werden. In Anbetracht dessen ist vor allen Dingen eine häufigere Kontrolle dieser Pflegestellen notwendig. Aber auch die Kinderheime müssen von geeigneten Personen geleitet werden. Es genügt nicht, daß in einem Heim für leidende Kinder eine Schwester Wirtsin ist. Neben die Schwester gehört die pädagogisch geschulte Kindergärtnerin, die um das geistige Wohl der Kinder besorgt ist.

Aus alledem ersieht man, daß die Arbeit in der kommunalen Kinderfürsorge nur von solchen Menschen geleistet werden kann, die ein warmes mitleidendes Herz und vollstes Verständnis für die Not des Proletarierkindes haben. Ob das bei den Frauen der deulschnationalen und anderen bürgerlichen Kreise immer der Fall sein wird, erscheint sehr zweifelhaft. Nur die Arbeiterfrau kann wissen, wie es dem Arbeiterkinde ums Herz ist. Darum müssen wir dafür sorgen, daß in unser Stadtparlament Frauen einziehen, die in unserem, im sozialistischen Sinne wirken und bessere Arbeit leisten als die bürgerlichen Damen mit ihrer unaufrichtigen Wohltätigkeitspielerei.

Und darum wählen wir die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

## Agitiert!

Ein Wort an die Frauen von H. Pilz.

Erfreulicherweise erscheint auch zu dem bevorstehenden Wahlkampf wieder „Die Wählerin“. Sie ist vielen von euch keine Unbekannte. Und man kann mit vollem Recht sagen, sie hat in den vorhergehenden Kämpfen gute Wahlarbeit geleistet. Wie oft ist der Ruf darin an euch ergangen: „Agitiert, wo ihr könnt!“ Habt ihr das alle treulich befolgt? O ja, viele waren fleißig, aber so manche glaubte nicht die Kraft, das Redetalent dazu zu haben. Deshalb will ich auch weniger zu den Genossinnen reden, die durch Vorträge und Diskussionsreden tätig sind, sondern zu denen, die da glauben, sie können nicht mündlich agitieren. Gewiß ist auch Flugblattverbreiten gut, aber stets besser ist die mündliche Agitation. Ich sage: Alle könnt ihr mündlich agitieren, ihr habt sogar viel mehr Gelegenheit dazu als die Männer. Es brauchen keine großen Reden zu sein, aber ebenso wie die bürgerlichen Frauen für ihre Partei, müßt ihr für unsere SPD. agitieren. Ein dankbares Feld sind da die Kaufäden, Märkte, Konsumgeschäfte usw., wo ihr eure Ware holt. Wenn ihr Bekannte oder Nachbarinnen seht, spricht mit ihnen über die Bedeutung der Wahlen. Seht auch darauf, wenn die Händler wieder Plakate für die „Wirtschaftspartei“ aushängen sollen, bringt bewußt das Gespräch auf die Sozialdemokratie, denn mit Stolz könnt ihr auf die Millionen Wählermassen der Sozialdemokratie hinweisen. Ihr könnt mit Stolz sagen, daß durch die Sozialdemokratie überhaupt erst jede Frau wählen kann, daß durch die Sozialdemokratie auch Frauen zur Mitarbeit in den Verwaltungen gekommen sind und vieles mehr, was ihr jede Woche durch „Die Wählerin“ erfahrt. Denkt, wie viele Frauen gleichgültig sind. Denkt daran, daß die bürgerlichen Frauen viel leichter agitieren können, haben sie doch viel mehr freie Zeit. Wie sie ihre Hausangestellten bearbeiten, wie sie in ihren Kaffeekränzchen alles mobil machen. Denkt auch daran, wie die Kloster-, Krankenschwestern usw. geschlossen zur Wahl geführt wurden. Wenn ihr euch all das vor Augen haltet, und dann an eure Kinder denkt, denen vor allen Dingen die Sozialdemokratie eine bessere Schule in Groß-Berlin schaffen will, dann muß jede Frau Agitator sein.

Seid stolz und bewußt, rechnet mit denen ab, die läugerisch die schlechten Verhältnisse, welche durch den Krieg verursacht sind, der Sozialdemokratie anhängen wollen! Denn, wenn keine sozialistische Mehrheit in Berlin zustande kommt, werden die vielen neuen Steuern auf euch und eure Familien abgemäht werden, anstatt die Besitzenden zu treffen. Deshalb noch einmal:

Jede sozialistische Frau ein Agitator!

## Weckruf.

Von Clara Bohm-Schuch.

So müde schleicht der graue Tag und schleichen alle Tage,  
Die Freude schläft, das Leid ist wach, und wach sind Not und Plage.  
Die Sorge geht mit uns zur Ruh und weckt uns morgens wieder,  
Sie winkt uns noch im Traume zu und wirft uns endlich nieder.

Hohnlachend zwingt sie uns zur Fron, die wir zum Lichte streben,  
Elend ist unserer Arbeit Lohn und unser ganzes Leben.

Wir schmachten nach der Sonne Licht, wann wird das Heil uns werden,

Das uns're Sklavenketten bricht und uns erlöst auf Erden ? . . .

Was klagt ihr dumpf und bang und schwer und klrert mit euren Ketten?

Euch kommt kein Heil vom Himmel her, ihr müßt euch selbst erretten.  
Nicht Sklaven mehr, nein, Menschen sein und frei zum Himmel schauen.

Für alle lacht der Sonnenschein, für alle blüh'n die Auen.

Nur wollen müßt ihr, stolz und stark und euch die Hände reichen.  
Einsehen müßt ihr Mut und Mark und nicht vom Psade weichen.  
Erwacht aus eures Elends Not und brecht vereint die Ketten.

Hier hilft kein Himmel und kein Gott, ihr müßt euch selbst erretten.

## Die Mütter.

Von Elli Radtke.

Friedrichshain. Die goldenen Strahlen der Oktobersonne fließen über Sandwege und Spielplatz und lassen den weißen Kies und den grünen Rasen aufleuchten. Die Luft ist frisch und kühl, aber die Sonnenstrahlen wärmen wohl. Zwei Kinder spielen einträchtig im Sande. Leise jauchzende Stimmen erwecken ein glückliches und frohes Gefühl. Die beiden Buben haben sich kleine Vertiefungen in den Sand gegraben und kullern nun mit Eichel und Murneln. Wer in die Rute trifft, hat gewonnen.

Zwei Frauen sitzen auf der Bank. Die eine ist jung. Sie sitzt an einem neuen Kittelchen. Die andere ist älter. Graue Haare, Falten zwischen den Augenbrauen und von der Nase zum Mund herab. Die Kinder spielen, und die Frauen kommen ins Gespräch. Die ältere erzählt, daß der Kleine das Kind ihrer Tochter ist, die tagsüber im Bureau arbeitet. Der Mann ist gefallen, im letzten Kriegsjahre. Das Kind hat seinen Vater nie gesehen.

„Ja, der Krieg, der entsehlige Krieg . . .“ Die jüngere ist still und blickt ärtlich zu ihrem Jungen hin. Der kommt angelaufen und schmiegt seinen Blondkopf in ihren Schoß.

„Wie tun mir alle die Mütter leid, die ihren Sohn in dem schrecklichen Morden hingeben mußten, und auch ihr Kind hat einst so fröhlich im Sande gespielt und mit seiner Mutter geschertzt und geschmeichelt, so wie der Kleine hier!“

Die ältere blickt auf. Ihr Gesicht ist hart geworden.

„Ja, und noch immer gibt es Menschen, die an die Möglichkeit eines neuen Krieges denken!“

„Ja, man hört und liest oft davon. Es wäre entsehllich. Wenn ich daran denke, daß mein lieber kleiner Junge auch einem solchen Schicksal entgegensehen sollte — ich könnte wahnsinnig werden. Aber was können wir dagegen tun? Wir Frauen sind ja vollkommen machtlos! Wenn die Menschheit wieder Krieg will, dann können wir nichts dagegen tun.“

„Oho!“ Die grauen Augen der älteren blickten. „So machtlos sind wir nun doch nicht! Wir können uns dagegen wehren, wir brauchen nur zu wollen! Und wer will den Krieg? Die Menschheit? Nein, die will ihn nicht. Die verabscheut ihn für alle Zeiten sie hat ihn erkannt. Wer den Krieg will, das ist nur eine kleine Schar. Aber sie hat noch viel Macht in Händen und sie nützt sie aus, gewissenlos und skrupellos!“

Fragend sind die Augen der jungen auf die andere gerichtet.

„Und was könnten wir da tun, wir Frauen?“

„O, viel, sehr viel. Gerade, weil wir Frauen und Mütter sind. Wir dürfen nicht duden, nimmer und niemals, daß der Gedanke des Hasses und des Mordes von den Herzen unserer Kinder Besitz ergreift. Wir müssen uns dagegen wehren mit Händen und Füßen, daß man ihre jungen Seelen vergiftet mit Kriegsgeschichten und Schlachten Schilderungen. Sehen Sie die Lesebücher unserer heutigen Schuljugend an. Noch immer finden Sie darin die Verherrlichung des Machtgedankens, der Gewalt, noch immer hängen die Bilder der Heeresführer, der Generäle in vollem kriegerischen, barbarischen Schmuck in den Schulen, den Kindern zum Vorbild. Noch immer gibt es viele Lehrer und Lehrerinnen, die ihren Beruf mißbrauchen, um Haß zu säen, um Begeisterung für Kanonen Donner und stürmende Kompagnien zu entfachen. Wollen wir länger zusehen, wie unsere Jugend vergiftet wird, wollen wir es dulden, daß das reine Empfinden des Kindes zerstört wird und

kriegerische Mordgedanken von jungen Lippen ausgesprochen werden?! Nein, wir müssen unsere Macht erkennen. Wir müssen unserem Willen Ausdruck geben. Und da ist jetzt wieder einmal die Gelegenheit gekommen. Möge sie keine Frau, keine Mutter unbeachtet vorübergehen lassen! In kurzer Zeit, am 16. Oktober, wählen wir in Groß-Berlin die neue Stadtvorordnetenversammlung. An uns liegt es, dafür zu sorgen, daß solche Menschen hineinkommen, die ihren Einfluß dahin geltend machen, daß endlich in die Schulen der Geist der reinen Menschlichkeit einzieht. Unsere Stadtvorordneten, Männer sowohl wie Frauen aus dem Volke, sollen dafür sorgen, daß all den reaktionären Lehrern und Lehrerinnen das Handwerk gelegt wird, daß die Schulbücher mit militaristischer Propaganda entfernt werden, daß es keine „Schulausflüge“ zum Antiken Tempel nach Sanssouci mehr gibt, und daß die Lehrer den Kindern von der wahren Nächstenliebe und nicht von Krieg und Mord erzählten. Das können aber nur die Männer und Frauen der sozialistischen Parteien tun. Denn alle anderen hängen viel zu sehr am Krieg und an dem System, das den Krieg verschuldet hat, als daß sie ihn ernsthaft bekämpfen wollten. Und darum wählen am 16. Oktober alle Frauen und Männer die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

## An die Mäuden!

Von Erna Büsing.

Wahl, wieder Wahl, ach, so gedehnt wird das ausgesprochen, daß man fast körperlich die Interesselosigkeit empfindet. Ja, es gibt Wahlmüde, auch unter denen, die nicht von Natur aus lau sind, die nicht in sträflicher Vernachlässigung der eigenen Interessen sich um das politische Leben nicht kümmern. Ja, es gibt Wahlmüde auch unter den Frauen, die wissen, daß sie zu uns gehören. Aber angegriffene Gesundheit, verursacht durch die Ueberarbeitung im Kriege und die schlechte Ernährung, der häusliche Pflichtenkreis, wenn es gilt, kleine Kinder zu betreuen, oder gar der Beruf können es mit sich bringen, daß eine Beteiligung am Parteileben nur in Zwischenräumen möglich ist. Schon dadurch sind sie schwer benachteiligt. Denn wer vom Parteileben durch irgendwelche widere Umstände ferngehalten wird, dem fehlt gar leicht der Schwung, dem kommt gar leicht das innere Gemeinschaftsgefühl abhanden. Namentlich sind in solchen Fällen die Fragen der Taktik oft schwer verständlich, sie wirken leicht verwirrend und lösen Unmut aus.

Die Mäuden wissen wohl, es hieße für sie tatsächlich wirtschaftlich Selbstmord begehen, wenn sie bürgerlich wählen würden. Das werden sie auch niemals tun. Sie denken aber womöglich nicht daran, daß es auch zur Stärkung der kapitalistischen Interessen dient, wenn sie ihrer Wahlpflicht nicht nachkommen. Die Sozialdemokratie will den Schutz der Schwachen, daran müssen insbesondere die Zermürbten denken. Je mehr Stimmen für die SPD. abgegeben werden, desto wirkungsvoller kann sie ihn ausüben. Die Sozialdemokratie will nicht nur Schäden lindern und ausbessern, nein, sie bekämpft stets die Ursachen der Misse. Nur so kann für eine bessere Zukunft Pionierarbeit geleistet, nur so kann für ein besseres Menschentum der Weg bereitet werden. Wir Frauen aber hoffen auf eine bessere Zukunft, das liegt tief verankert in unserem Sein. Und weil wir Menschheitsgäubige sind, sind wir mit der Sozialdemokratie verbunden. Wir Frauen wollen helfen, wir möchten fördern, wir streben vorwärts. Um unser Vollen aber nützt nichts, wenn es keine geschweberische Verwirklichung findet, und die wiederum kann es nur finden, wenn bei jeder Wahl die SPD. eine stets wachsende Stimmenzahl erhält.

Das Fundament des höchsten Turmes der Welt ist unsichtbar, tief in der Erde. Das Fundament der stärksten Partei Deutschlands ruht in der Masse des Volkes. Ein Fundament ist oft unsichtbar, aber es muß unbedingt zuverlässig sein.

So muß auch Verlaß sein auf die Mäuden, auf die gehehnten kleinen Existenzen. Sie müssen im entscheidenden Augenblick auf den Plan treten; und sie haben wahrlich nicht viel zu tun, sie brauchen nur den Zettel der SPD. in die Wahlurne stecken. Keine denke zu gering von sich, eine jede, sei sie auch noch so müde und „abgekämpft“, ist zu etwas nütze. Es handelt sich doch oft nur um ganz geringe Kleinigkeiten. Es ist mitunter schon etwas nütze, wenn in Zeiten des Mißmuts und des Sturmes gegen die Partei mal jemand sich findet, der nicht die Mundwinkel hängen läßt. Es nützt schon was, wenn man dann und wann der Freundin einen aufklärenden Artikel oder eine gute Broschüre zu lesen gibt, wenn man am Wahltage Frau Soundso den richtigen Stimmzettel in die Hand drückt, auf die Keinen Kinder der Nachbarin aufpaßt, damit sie selbst wählen gehen kann oder ein altes Mütterchen über den Fahrstuhl begleitet. Keine denke zu gering von sich! Es gibt so viele kleine, unsichtbare Arbeiten. Diese auf sich zu nehmen muß jede bereit sein, denn es handelt sich um den Sieg der Menschlichkeit, um den Sieg des sozialistischen Gedankens!

Alles menschliche Leiden und Entbehren hängt nur von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in derselben Zeit bereits vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten ab. Alles menschliche Leiden und Entbehren und alle menschlichen Befriedigungen, also jede menschliche Lage bemisst sich nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen derselben Zeit in bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse derselben befinden. Jede Lage einer Klasse bemisst sich immer nur durch ihr Verhältnis zu der Lage der anderen Klasse in derselben Zeit. Bassalla.

## Wir Wählerinnen als Arbeitgeber

Das große Gemeinwesen Berlin beschäftigt in seinen verschiedenen Wirtschaftsbetrieben und Anstalten, in den Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken, im Straßenbahnbetriebe, in seinen Krankenhäusern, auf seinen Gütern, in den Bureaus seiner Verwaltung usw. eine so erhebliche Anzahl von Arbeitern, Angestellten und Beamten, daß diese mit ihren Familienangehörigen zusammen die ganze Einwohnerzahl einer Stadt von 100 000 Menschen weit überschreiten. Wir alle, die wir am 16. Oktober die Berliner Stadtverwaltung neu zu wählen haben, sind gewissermaßen die Arbeitgeber der städtischen Arbeitnehmerschaft, zum Teil sogar Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einer Person. Diese Stellung gibt uns gewisse Rechte, legt uns damit aber auch schwere Verpflichtungen auf.

Man hat der Arbeiterschaft schon nachgesagt, daß sie als Arbeitgeber eine schlechtere Rolle spiele als das private Unternehmertum. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß in den Anfängen der Arbeiterbewegung das eine oder andere Unternehmen mit unzulänglichen Mitteln geschaffen wurde, so daß an allen Ecken und Enden gespart werden mußte. Aber auch heute noch wird von kommunistischer Seite in Berlin ähnliches behauptet gegenüber den sozialdemokratischen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern. Es wird des öfteren gesagt, die städtischen Arbeiter und Angestellten hätten ihnen gegenüber, unseren Vertretern als Arbeitgeber Berlins, erst alle Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes anwenden müssen, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die Rechtsparteien weisen mit einer gewissen Schadenfreude darauf hin, um ihre eigene Haltung gegenüber den Forderungen der Arbeiter und Angestellten zu der Zeit, als sie noch die Macht im Roten Hause in Händen hatten, nachträglich zu rechtfertigen. Was sie dennoch nicht hindert, der bisherigen Stadtverwaltung, die sie in ganz schäbiger Weise zur Auflösung brachten, Mißwirtschaft vorzuwerfen.

Wie liegen die Dinge? Die zur Leitung der Gemeinde, zur Erfüllung ihrer vielgestaltigen Aufgaben und zur Erledigung der Geschäfte gewählten Stadtverordneten und Magistratsmitglieder haben in erster Linie sowohl ihrer Partei wie der Allgemeinheit gegenüber die Verpflichtung übernommen, die Interessen der Allgemeinheit der Berliner Bevölkerung nach besten Kräften wahrzunehmen. Während nun eine bürgerliche Mehrheit ihre Aufgabe hauptsächlich in der Rücksicht auf die Interessen der besitzenden Klasse erblickt, die proletarischen Massen höchstens mit „Wohlfahrtseinrichtungen“ beglückt, die nicht viel kosten und nicht viel helfen, muß eine sozialistische, eine sozialdemokratische Stadtverwaltung sich vornehmlich der Armen und Ärmsten, der Schwachen und Hilflosen in wirksamer Weise annehmen, im übrigen aber die Interessen der großen Mehrzahl der Einwohner, der Nichtbesitzenden, verfechten. Wenn in dieser Beziehung noch sehr vieles nicht geschehen konnte, was wir nicht nur als wünschenswert, sondern sogar als unbedingt notwendig erachten, so lag das sicherlich nicht an mangelndem guten Willen der sozialdemokratischen Vertreter und Vertreterinnen im Stadiparlament, sondern an einer ganzen Reihe von Ursachen, die allesamt aufzuzeigen, hier zu weit führte. Wir müßten hier an die Sünden des früheren Magistrats freisinnig erinnern, an die Folgen des Krieges, an die ungünstige Finanzlage, die insofern gegen früher noch ungünstiger geworden ist, als das Reich unter dem Zwange der Verhältnisse die Hand auf Steuern gelegt hat, die früher den Gemeinden überlassen waren; daß Berlin sich nicht seine Gesetze selber geben kann, sondern an bestimmte Gesetze gebunden und daher in seinen Beschlüssen nicht ganz frei ist. Doch kommt es sehr wohl darauf an, welche Verwaltung

innerhalb dieser begrenzten Möglichkeiten wirkt, wobei wir nicht übersehen dürfen, daß wir leider immer noch in der kapitalistischen Gesellschaft leben und noch nicht in einer sozialistischen.

Hier wird nun von rechtsstehender sowohl wie von kommunistischer Seite gern Demagogie getrieben. Worauf es ankommt, ist jeweils einen billigen Ausgleich zwischen den Interessen der Stadtverwaltung und denen der Arbeitnehmerschaft herbeizuführen. Das wird um so eher möglich sein, je mehr Vertreter der SPD. in die Stadtverwaltung gewählt werden, je mehr Klarheit über die Dinge geschaffen wird.

Sehen wir uns die Kandidatenliste der Sozialdemokratischen Partei zur Berliner Stadtverordnetenwahl näher an, dann finden wir, daß der größte Teil der vorgeschlagenen Genossen aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist und noch mitten darin steht. Damit ist die beste Gewähr dafür gegeben, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten Berlins nicht zu kurz kommen, noch daß durch deren ausschließliche Berücksichtigung andere wichtige Allgemeininteressen zurückgesetzt würden.

Die Freunde der städtischen Arbeitnehmer, die mehr für sie fordern, als sie selber bei Bewilligung des Stats verantworten können, können uns schon gestohlen bleiben. Wir aber wollen bis zum Wahltage noch dafür sorgen, daß die SPD. siegreich aus der Wahl hervorgeht; damit ist uns selber wie der städtischen Arbeitnehmerschaft am besten gedient.

## In unserem Hause.

In unserem Hause wohnen dreißig hungernde Kinder. Blau und alt im Gesicht, mit häßlicher Stimme. Schlecht gekleidet und mit vernachlässigtem Schutranzen. Der steinerne Hof ist ihr Spielfeld und ihr Ruf nach „Brot“ gelte hinter den Fremden her. Gewiß, sie sagen nicht „Brot“, o nein, sie haben andere Worte — und man versteht sie. Hier strecken sie die Hände nach allem, was begehrenswert erscheint. Vom Stehlen erzählen sie sich und hungern vor den Kellersensoren umher.

Und so lärmen und freischen sie den ganzen Tag durch das Haus. Mittag und Sonntag. Sie werden darob geschlagen und verflucht. Und wollen doch nur ihr Recht auf Leben. Aber niemand merkt es, und die Damen in den eleganten Kleidern und den Seidenstrümpfen wenden sich voll Ekel ab, wenn sie einige der Kinder auf der Straße sehen. Und sie empören sich über die „Verwahrlosung der Jugend“... H. F.

## Empor zum Licht.

Die Menschen müssen als denkende und erkennende Wesen ihre Lebensbedingungen, d. h. ihre sozialen Zustände und alles, was damit zusammenhängt, zielbewußt beständig ändern, verbessern und vervollkommen, und zwar dergestalt, daß für alle Menschenwesen gleich günstige Daseinsbedingungen vorhanden sind. Jeder einzelne soll seine Anlagen und Fähigkeiten zu seinem eigenen wie zum Wohle der Gesamtheit entwickeln können; er darf aber nicht die Macht haben, anderen oder der Gesamtheit zu schaden. B e b e l.

## Willst Du?

Willst du, daß deine Kinder leben?  
 Daß nicht mehr Greise betteln gehen?  
 Daß wir das Wirtschaftsleben heben?  
 Du froh darfst in die Zukunft sehn?  
 Willst du, daß niemals wieder Waffen  
 Kom Haß geführt einander drohn?  
 Nie wieder solches Grausen schaffen?  
 Dir rauben Vater, Bruder, Sohn?  
 Willst du, daß alle Steuerlasten  
 Gerecht verteilt auf jedermann?  
 Beseitigt wird der „Geist der Kosten“?  
 Dem Tüchtigen werde „freie Bahn“?  
 Willst du, daß auch in deine Kammer  
 Ein Sonnenstrahl des Glückes dringt?  
 Daß aufhört Elend, Not und Jammer  
 Und froh das Menschenleben klingt?

Dann helfe jetzt in dieser Zeit,  
 Wo nicht ein einziger uns darf fehlen;  
 Sorg, daß die Menschen weit und breit  
 In Groß-Berlin sozialistisch wählen!

Wilhelm Band.